

## KERNKRAFTWERK KRÜMMEL:

# MARKENZEICHEN FÜR EIN KERNPROBLEM



Kernkraftwerk Krümmel

Von Wolfgang Jüttner,  
SPD-Fraktionsvorsitzender im  
Niedersächsischen Landtag

Möglichst lapidar fasste der Betreiber des Kernkraftwerks Krümmel, Vattenfall Europe, das meldepflichtige Ereignis vom 4. Juli 2009 so zusammen:

1. Kurzschluss im Transformator.
2. Netztrennung.
3. Reaktorschutz.
4. Reaktorabschaltung

Diese prägnanten Fachbegriffe erinnern auf erschreckende Art und Weise an den Sommer 2007, als ein Brand im Transformator das KKW Krümmel an der Elbe schon einmal außer Betrieb setzte. Der Reaktor blieb abgeschaltet bis Ende Juni 2009. Die Reparaturarbeiten des Betreibers und die

Sicherheitsüberprüfung durch die schleswig-holsteinische Atomaufsicht hatten zwei Jahre in Anspruch genommen. Erst danach gab Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) in Kiel wieder die Erlaubnis, den Meiler wieder anzufahren.

Doch bereits nach wenigen Tagen ereignete sich nun der nahezu deckungsgleiche Wiederholungs-Störfall mit fatalen Folgen. Ganz Hamburg hat dieses Mal zu spüren bekommen, welche Konsequenzen ein unzuverlässiger Atommeiler nach sich ziehen kann. Durch den massiven Spannungsabfall im Netz fiel in weiten Teilen der Stadt der Strom aus. In Krankenhäusern und Einkaufszentren sprangen die Notstromaggregate an. 1500 Ampeln in den Straßen Hamburgs versagten

ihren Dienst. Auch Hamburgs Großindustrie im Süden der Stadt war vom Netz getrennt. Pumpenfielen aus. Durch Druckschwankungen kam es zu zahlreichen Wasserrohrbrüchen. Straßen und Häuser wurden geflutet. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag nimmt dies zum Anlass, um die Atomkraftwerke in Niedersachsen in den Fokus zu nehmen.

Ähnlich wie »Krümmel« gehört das Atomkraftwerk »Unterweser« bei Kleinensiel (Kreis Wesermarsch) mit mehr als 320 meldepflichtigen Störfällen seit Inbetriebnahme zu den negativ herausragenden Meilern im Norden Deutschlands. Nur noch das Kernkraftwerk Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) ist unsicherer (mehr als 400 Störfälle). Die Atomkraftwerke in Grohnde im Kreis Hameln-Pyrmont (206 Störfälle) und in Lingen im Kreis Emsland (108) setzen sich zwar deutlich ab, gehören – altersmäßig aus der Mitte der 80er Jahre stammend –, aber auch deutlich zum »alten Eisen«.

### Kernenergie – »Schwarzer Peter« für Niedersachsen

Niedersachsen ist von den Auswirkungen der Atomenergie von allen Bundesländern am stärksten betroffen. Neben den drei im Lande befindlichen Atomkraftwerken befinden sich nahe der Landesgrenze in Schleswig-Holstein noch die



Wolfgang Jüttner,  
Vorsitzender der SPD-  
Fraktion im Niedersächsischen Landtag

drei Atomkraftwerke »Brunsbüttel«, »Brokdorf« und »Krümmel«. Mit Blick auf Nordrhein-Westfalen kommt noch das 1994 abgeschaltete Kraftwerk in Würiggassen (Kreis Hörter) mit seiner atomaren Reststrahlung hinzu.

Zudem hat die Endlagersuche für Atommüll bisher nur in Niedersachsen stattgefunden. Und auch 40 Jahre nach Inbetriebnahme des ersten Reaktors ist die Endlagerfrage immer noch nicht beantwortet.

Mit dem vollends gescheiterten Versuch, im ehemaligen Salzbergwerk »Asse II« bei Wolfenbüttel radioaktiven Abfall zu entsorgen, steht die Endlagerdiskussion in Deutschland wieder ganz am Anfang. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat den wohl umfangreichsten

Untersuchungsauftrag für das Parlament erstellt, den es je gegeben hat. Der entsprechende Ausschuss ist noch vor der Sommerpause eingesetzt worden. Die Maßgabe für die SPD hierbei ist die lückenlose und schonungslose Aufklärung aller Vorkommnisse um »Asse II«.

Die SPD setzt sich ebenfalls dafür ein, dass der als atomares Endlager ins Auge gefasste Salzstock bei Gorleben (Kreis Lüchow-Dannenberg) erneut auf seine Eignung hin überprüft wird. Von der Standortentscheidung bis hin zur grundlegenden Frage, ob Salzgestein tatsächlich die einzige Lösung zur Endlagerung darstellt, muss neu diskutiert werden. Die Blockadehaltung von Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), die Akten zur Standortentscheidung »Gor-

leben« offen zu legen, ist für die SPD inakzeptabel. Die Menschen in Niedersachsen haben ein Recht darauf zu erfahren, nach welchen Kriterien ausgerechnet bei uns der gesamte Atommüll eingelagert werden soll.

Am 27. September werden die deutschen Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden, ob die Risikotechnologie »Atom« eine Antwort auf die Energieversorgung der Zukunft sein soll.

Die SPD hat bereits 1986 den Atomausstieg auf ihrem Parteitag in Nürnberg beschlossen. Der Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2005 hat dies manifestiert.

Es gibt viele Gründe und Fakten, die dafür sprechen, bei dieser Entscheidung zu bleiben. Es gibt keinen einzigen Grund etwas daran zu ändern. ■

## ERFOLG FÜR FRÜHERE HEIMKINDER

Niedersachsen arbeitet das Schicksal ehemaliger »Fürsorgezöglinge« auf.

Von Uwe Schwarz, stellv. Vorsitzender

Endlich wird das dunkelste Kapitel niedersächsischer Heimerziehung aufgearbeitet. Am 17. Juni 2009 hat der Landtag einstimmig einen entsprechenden Beschluss gefasst. Damit anerkennt das Land Niedersachsen erstmals seine Mitverantwortung für die von Kriegsende bis Mitte der Siebziger Jahre herrschenden Zustände in den damaligen »Fürsorgeheimen«, die von ehemaligen Bewohnern als skandalös und vielfach menschenverachtend beschrieben werden. Nach langem Zögern waren zuletzt auch CDU und FDP dem Drängen der früheren Heimkinder und der SPD gefolgt und hatten der Aufarbeitung zugestimmt.

Bis heute ist das ganze Ausmaß des Leids nicht bekannt. Schätzungen zufolge wurden zwischen 1945 und 1975 Zehntausende Heimkinder in Niedersachsen Opfer schwerster Demütigungen. Sie sollen jetzt die Chance erhalten, ihre schweren Schicksale aufzuarbeiten. Wie von ihnen selbst und der SPD-Fraktion immer wieder gefordert, werden nunmehr alle noch vorhandenen Akten in den zuständigen Behörden sichergestellt, fachkundig aufbereitet und den früheren »Fürsorgezöglingen« zur Verfügung gestellt.

Damit ist klar: Es gibt eine originäre, direkte Verantwortung des Landes für die damaligen Zustände in den Heimen. In den 50er und 60er Jahren waren mit dem Reichsjugendwohl-

fahrtsgesetz (RJWG) bzw. ab 1961 dem Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) für die Heimerziehung in »schweren Fällen« regelmäßig die Landesjugendämter zuständig. Sie übten diese nicht nur in Form der Heimaufsicht, sondern auch als operativ zuständige Behörde aus. Auch in Niedersachsen waren die Landesjugendämter in staatlicher Verantwortung, d.h. in der Regie des Landes. Daneben hatten alle Länder in Form der zuständigen obersten Landesjugendbehörden Aufsichtspflichten, um den Betrieb einer Einrichtung zu untersagen, wenn das Wohl der betreuten Kinder und Jugendlichen gefährdet war. Der SPD-Fraktion liegen Dokumente vor, die belegen, dass das Land schon im Jahre 1949 von unhaltbaren Zuständen in



**Uwe Schwarz, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag**

den damaligen »Fürsorgeerziehungsanstalten« wissen musste.

Die Landtagsentscheidung ist auch ein bundesweites Signal an die anderen Bundesländer. Bislang hat allein Schleswig-Holstein damit begonnen, sich seiner eigenen Verantwortung zu stellen. Ein Durchbruch ist auch die Einrichtung eines Gesprächsarbbeitskreises aller Beteiligten,

um das Schicksal früherer »Fürsorge-Zöglinge« aufzuarbeiten und die damaligen Verantwortlichkeiten in Niedersachsen aufzuklären. Der Gesprächsarbbeitskreis soll dem Landtag bis Ende 2010 seine Ergebnisse vorlegen. Die Zeit drängt, die Agenda des Kreises ist sehr ehrgeizig. Taktische Spielereien sind insofern unangebracht.

Es ist deshalb egal, ob dieser Kreis Runder Tisch – wie auf Bun-

desebene - oder anders genannt wird. Entscheidend ist jetzt vielmehr, dass der Gesprächskreis, um erfolgreich arbeiten zu können, seine Arbeit schnell aufnimmt und von einer hoch angesehenen und von allen Seiten akzeptierten Persönlichkeit geleitet wird. Das sind wir insbesondere den Betroffenen schuldig, deren Schicksal seit Jahrzehnten immer wieder verdrängt, diffamiert und vergessen wurde. ■

**»Verantwortung für das Schicksal früherer Heimkinder übernehmen: Aufklärung für die Betroffenen niedersächsischer Institutionen ermöglichen – Runder Tisch in Berlin unterstützen«**

**Drs.Nr.: 16/1394\***

\* (Drs) Drucksachen unter [www.landtag-niedersachsen.de](http://www.landtag-niedersachsen.de)

## WAFFENHANDLUNG INNENMINISTERIUM

CDU-Innenminister verkauft ausgemusterte Polizeipistolen.



**Johanne Modder,**  
innenpolitische Sprecherin und  
stv. Fraktionsvorsitzende

Als »unbeschreibliche Geschmacklosigkeit« bezeichnet die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion die aufgrund einer Recherche des Norddeutschen Rundfunks bekannt gewordenen Waffenverkäufe durch den niedersächsischen Innenminister. Während seine Amtskollegen in Bremen und Hamburg ausgemusterte Polizeiwaffen vernichten lassen, hat Innenmini-

ster Uwe Schünemann (CDU) allein in den letzten beiden Jahren rund 13.000 Dienstpistolen zu Geld gemacht. »Alle Welt macht sich nach den Amokläufen von Erfurt und Winnenden Gedanken, wie die Zahl der legalen Schusswaffen in Deutschland reduziert werden kann – da kann es doch nicht wahr sein, dass der niedersächsische Innenminister ausgemusterte Polizeipistolen gleich palettenweise unters Volk bringt«, kritisierte Modder.

Nach dem Amoklauf von Winnenden wurden besondere Anstrengungen unternommen, um die Anzahl der im Umlauf befindlichen Waffen auf freiwilliger Basis zu reduzieren. So haben viele niedersächsische Städte und Landkreise die Bürgerinnen und Bürger ermuntert, ihre Waffen freiwillig abzugeben. Ausweislich einer Pressemitteilung des Innenministeriums ging es dabei sowohl um legale als auch um illegale Waffen. »Im Interesse der Sicherheit

ist so ein Verhalten zu unterstützen«, so der Innenminister in einer Pressemitteilung vom 17. April 2009. »Es kann doch nicht wahr sein, dass Herr Schünemann mit der einen Hand Schusswaffen einsammelt und sie mit der anderen Hand verteilt«, erklärte Modder mit Blick auf die jetzt bekannt gewordenen Waffenverkäufe.

Als »geradezu abenteuerlich« bezeichnete die SPD-Innenpolitikexpertin schließlich die Behauptung des Innenministers, er sei durch die Haushaltsordnung zur Veräußerung der Polizeiwaffen gezwungen. »Vielleicht sollte sich Herr Schünemann mal bei seinen Amtskollegen in Hamburg und Bremen erkundigen, wie man Sicherheitsaspekte und haushalterische Gesichtspunkte vernünftig gegeneinander abwägt. Es gehört schon ein gehöriges Maß an Unsensibilität dazu, in der heutigen Zeit ausgemusterten Dienstwaffen Kapital schlagen zu wollen«. ■

### IMPRESSUM

**Herausgeber**  
SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

**Verantwortlich**  
Dr. Cornelius Schley,  
Geschäftsführer SPD-Fraktion  
Niedersachsen

**Redaktion**  
Olaf Reichert,  
olaf.reichert@  
lt.niedersachsen.de  
und  
Thilo Scholz,  
Thilo.Scholz@  
lt.niedersachsen.de

**Anschrift**  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-  
Platz 1, 30159 Hannover,  
[www.spd-landtag-nds.de](http://www.spd-landtag-nds.de)

**Layout & Satz**  
Anette Gilke,  
mail@AnetteGilke.de

# GEUTER: SCHÖNHEITSOPERATION AM HAUSHALT

Landesregierung schönt die Kreditaufnahme im Jahr 2010.



**Renate Geuter, haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag**

Die Landesregierung hat die Strukturdaten der nächsten Haushaltsjahre vorgelegt. »Bis vor wenigen Wochen hat sich Minister Möllring die Welt noch schöngeredet und von einem ausgeglichenen Haushalt 2010 geträumt. Dies ist nun ein für alle Mal vom Tisch«, kommentierte die haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Renate Geuter, die bekannt gemachten Grundzüge des Haushaltes. Noch in diesem Jahr wird die Landesregierung einen weiteren Nachtragshaushalt vorlegen und ebenso wie im nächsten Jahr die Nettokreditaufnahme auf 2,3 Milliarden Euro erhöhen. Dies ist zunächst überraschend, denn die für dieses Jahr prognostizierten Steuerausfälle betragen »nur« ca. 1,3 Milliarden Euro. Warum wird die Verschuldung um eine Milliarde mehr erhöht? Die Antwort ist einfach: Der Minister nimmt eine Schönheitsoperation an der Neuverschuldung 2010 vor.

Ursprünglich wollte das Land verbliebene Anteile an der Nord/LB für 280 Millionen Euro an die landeseigene Hannoverische Beteiligungsgesellschaft veräußern. Diese hätte für den

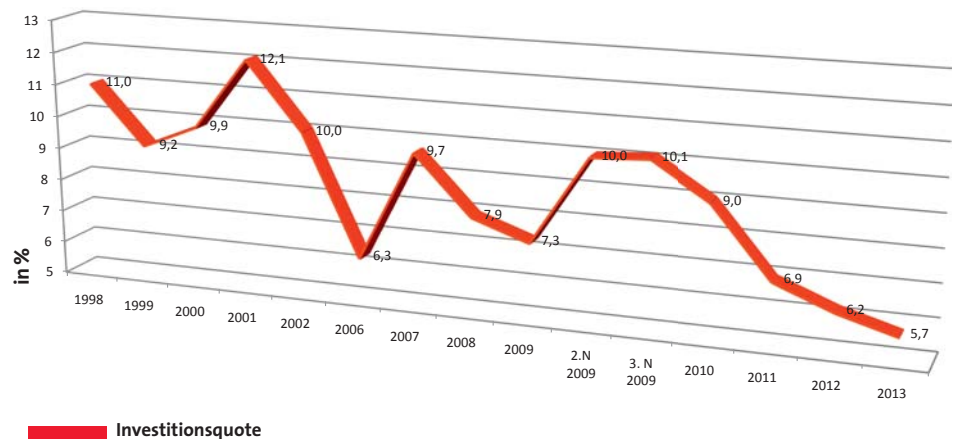
Erwerb selbst Kredite aufnehmen müssen. Ein klassischer Schattenhaushalt also. Weiterhin wollte der Finanzminister auf noch offene Kreditermächtigungen der Vorjahre zurückgreifen. »Rücklagenentnahmen« heißt dies im Haushaltsdeutsch. Das Land hätte somit 742 Millionen Euro neue Schulden mit alten Ermächtigungen aufnehmen dürfen. Zusammen hätte dies dem Land Einnahmen von ca. einer Milliarde Euro ebracht. Diese beiden Maßnah-

sich die Regierung Wulff damit formal betrachtet weniger stark als dies die Regierung Gabriel 2003 aufgrund plötzlich einbrechender Steuereinnahmen tun musste.

Unterm Strich werden jedoch in den Jahren 2009 und 2010 faktisch zusätzliche Verbindlichkeiten in Höhe von 5,372 Milliarden Euro aufgenommen.

Auch sonst enttäuschen die vorgelegten Daten für die nächsten Jahre. Trotz hoher Neuverschuldung in den nächsten Jah-

## INVESTITIONSQUOTE IN NIEDERSACHSEN 1998–2013



©SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen 2009

men werden nun in das Jahr 2010 transferiert und durch eine erhöhte Kreditaufnahme im Jahr 2009 ersetzt. Geuter: »Dies macht im Ergebnis keinen Unterschied, da es sich hier direkt oder indirekt um eine Neuverschuldung handelt.« In der offiziellen Darstellung des Haushaltsplanes beträgt die Verschuldung des Jahres 2010 nun aber 2,3 Milliarden Euro und nicht 3,30 Milliarden Euro. Mit diesem Kunstgriff verschuldet

ren bleiben in der Finanzplanung noch weitere Löcher von mehr als 3,2 Milliarden Euro. Katastrophal für die niedersächsische Wirtschaft ist jedoch die Entwicklung der Investitionsquote im Haushalt. Werden in diesem Jahr noch 10 Prozent investiv eingesetzt, sollen es 2013 nur noch 5,7 Prozent sein. »Ein historisches Tief, das ein völliges Versagen in der Finanzpolitik belegt«, sagte Renate Geuter zu diesen Zahlen.

Die ursprünglich geplante Tilgung von Verbindlichkeiten aus der Krankenhaus- und Städtebaufinanzierung, die von der landeseigenen Landestreuhandstelle vorfinanziert wurde, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Ebenso ist nun nicht mehr die Rede von der Errichtung eines Pensionsfonds, in dem die Ruhegeldverpflichtungen für neu eingestellte Landesbeamte angespart werden sollen, damit dieser

in späteren Zeiten deren Pensionsverpflichtungen tragen kann. »Das Prinzip der Vorsorge und der Generationengerechtigkeit ist von der Landesregierung nun endgültig aufgegeben worden«, stellte Renate Geuter fest.

Die Landesregierung setzt langfristig erneut auf das Prinzip Hoffnung: Obwohl die Landesregierung – entgegen ihrer ursprünglichen Planung – nun bis 2013 insgesamt 9,15 Milliar-

den Euro an zusätzlichen Schulden aufnimmt, ist die Finanzplanung in Einnahmen und Ausgaben nicht ausgeglichen. Der so genannte »Handlungsbedarf«, also das Haushaltsloch, beträgt in den Jahren 2011 – 2013 sage und schreibe 3,234 Milliarden Euro. »Wenn kein Wunder geschieht, stehen uns harte Kürzungen oder der Verkauf des restlichen Tafelsilbers bevor«, befürchtet Renate Geuter. ■

## BERUFLICHE BILDUNG PLANBAR GESTALTEN

Die SPD-Niedersachsen fordert schon seit langem höhere Anstrengungen für mehr Lehrstellen bei zeitgleichem Ausbau der qualifizierten schulischen oder überbetrieblichen Berufsausbildung. Das ist im Sinn der Jugendlichen und der Wirtschaft. Bislang schmettete jedoch die Landesregierung unsere Initiativen stets damit ab, dass fast alle jugendlichen Schulabgänger versorgt werden können. Dies ist aber nachweislich falsch.

Richtig ist zwar, dass in den letzten Jahren der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt zusammen mit der demografischen Entwicklung, also der abnehmenden Zahl von Neubewerberinnen und -bewerbern, zu einer Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt geführt hat. Falsch ist jedoch, dass für alle Jugendlichen ein Platz im Dualen System bereitsteht. Wenn jeweils am 30. September Lehrstellenbilanz gezogen wird, sind nämlich die erfolglos Suchenden schon zum überwiegenden Teil in schulischen Übergangssystemen »versorgt«. Die Statistik ist so bereinigt. Das Problem jedoch nicht, weder für die Jugendlichen noch für die Betriebe.

Für die Jugendlichen bedeutet der Aufenthalt in den »Warteschleifen« der schulischen Übergangssysteme zum überwiegenden Teil eine qualitativ schlechte Ausbildung und damit kaum verbesserte Startchancen, wenn sie danach als Altbewerber wieder auf den Lehrstellenmarkt drängen. Für die Betriebe bedeutet dies längerfristig eine abnehmende Zahl von gut qualifizierten Jugendlichen. Sie werden aber schon in naher Zukunft darauf angewiesen sein, weil aufgrund der abnehmenden Zahl der Schulabgänger schon bald ein Mangel an gut ausgebildeten Jugendlichen herrschen wird.

Zunächst wird sich die Entwicklung noch verschärfen. Aufgrund der Wirtschaftskrise sinkt die Zahl der Lehrstellen. Mehr Jugendliche drängen durch die von der Schule kommenden Doppeljahrgänge auf den Lehrstellenmarkt und viele von ihnen werden in die Warteschleifen geschoben und nur unvollkommen qualifiziert. Wenn diese Perspektive nicht verändert wird, dann haben wir die Chance vertan, um für die Zukunft vorzusorgen. Von 2006 bis 2020 wird nämlich bundes-

weit die Zahl der 16-jährigen von knapp einer Million auf rund 720.000 fallen, während die Zahl der 60-jährigen von 800.000 auf knapp 1,3 Millionen steigt.

Die SPD-Niedersachsen wird deshalb im Landtag auch weiter eine vo-rausschauende Planung der beruflichen Bildung einfordern, wir wollen mehr Lehrstellen und wir wollen wirklich qualifizierende überbetriebliche Ausbildung. ■

### ZUM WEITERLESEN:



Download auf der Internetseite der Friedrich-Ebert-Stiftung unter: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/o6430.pdf>

## PERSONALIEN



Neuer Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion ist seit dem 1. Juli Olaf Reichert. Der 42-Jährige war zuvor für die Oldenburger »Nordwest-Zeitung« (NWZ) tätig, zuletzt als Korrespondent in Berlin. Rund 14 Jahre arbeitete der gebürtige Oldenburger für die NWZ, zu der er nach dem Studium der Politikwissenschaft und der Geschichte als Volontär kam. Reichert ist verheiratet und hat einen Sohn. ■

## SPD EHRT PETER VON OERTZEN

Anlässlich seines 85. Geburtstages veranstaltet die SPD ein Symposium zu Ehren des 2008 verstorbenen Politikwissenschaftlers, Parteivordenkers und Bildungsreformers Peter von Oertzen. Es findet am Freitag, den 4. September, im Foyer der Hauptverwaltung der Gewerkschaft IG BCE in Hannover statt.

Der 1924 in Frankfurt/Main geborene von Oertzen studierte in den 50er Jahren Geschichte, Philosophie und Soziologie an der Universität Göttingen. Nach Promotion und Habilitation wechselte er als Professor für Politikwissenschaft an die damalige Technische Hochschule Hannover. 1946 in die SPD eingetreten wurde von Oertzen 1970 Bezirksvorsitzender in Hannover (bis 1983). Im selben Jahr wurde er niedersächsischer Kultusminister (bis 1975). Von 1973 bis 1993 gehörte

von Oertzen dem SPD-Parteivorstand an. 2005 trat er aus der Partei aus, schloss sich kurzfristig der »Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit« (WASG) an, die er aber bereits 2006 wegen ihrer Annäherung an die Linkspartei. PDS wieder verließ. Peter von Oertzen verstarb am 16. März 2008 in Hannover.

**Peter von Oertzen Symposium**  
**Freitag, 4. September**  
**15.00–20.00 Uhr**  
**im Foyer der**  
**Hauptverwaltung der IG BCE**  
**Königsworther Platz 6**  
**Hannover**

### Anmeldungen:

Nicola von Graevemeyer  
 Telefon 0511.3030-4042  
 Fax 0511.3030-4809  
 nicola.vongraevemeyer@  
 LT.niedersachsen.de

